Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 52. Mittwoch, den 3. März 1926. 45. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Haushaltsausschuß des Reichstags entwickelte der neue Reichsinnenminister, Külz, ein umfangreiches Programm über seine Pläne zur Reform der Verwaltung und der Stellung der Beamten.

* Der Trauertag für die im Kriege Gefallenen ist im ganzen Reiche würdig verlaufen.

* Eine kommunistische Anfrage im Preußischen Landtag zum Fall Jürgens wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

* In den deutschen Städten der Tschechoslowakei haben zahlreiche Protestversammlungen gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache stattgefunden, wobei es an mehreren Orten zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die teuren Schulen.

Im Volksschulwesen ist seit der Zeit der Umwälzung in Deutschland eine radikale Umstellung in sozialer Beziehung erfolgt. Die Abschaffung der Vorschulen, die Erschwerung des Besuchs von Privatschulen drängte nach der Richtung hin, daß für den Erwerb von Bildung nicht der Besitz der Eltern ausschlaggebend sein sollte, daß vielmehr sämtliche Kinder durch die allgemeine Volksschule hindurchgehen sollten ohne Rücksicht auf die materielle Lage der Eltern. Auch die Kinder, denen die Natur eine gute geistige Veranlagung und höhere Begabung in die Wiege legte, können nur unter Überwindung ziemlicher Examenschwierigkeiten den Besuch der Volksschule abkürzen. Es heißt diesem sozialen Zug entgegenhandeln, wenn soeben die preußische Regierung das Schulgeld an den höheren Schulen stark heraufsetzt und außerdem die Gemeinden ermächtigt, das Schulgeld für die auswärtigen Schüler um 25 % zu erhöhen.

Gegen den Schulgeldpreis der Vorkriegszeit ist damit eine Erhöhung um etwa 70 Mark jährlich eingetreten, wobei man sich fragt, ob eine derartige Erhöhung für den Säckel des Staates und der Gemeinden wirklich so sehr ertragreich ist, daß man diese neue Belastung den Eltern auferlegen soll. Man muß doch wirklich dahinter ein großes Fragezeichen machen, muß doch zweifeln, daß die zweifellos vorhandene finanzielle Not von Staat und Gemeinden dadurch etwa in nennenswerter Weise behoben wird. Auf der anderen Seite liegt aber ein antisozialer Zug in dieser Bestimmung; denn wenn man hier erst anfängt, den Drang der Eltern, ihren Kindern die höchste mögliche Bildung zu geben, mit einer höheren Steuer zu belegen, so ist ein Ende schwer abzusehen. Es kommen doch bei der Erfüllung dieser moralischen Elternpflicht schon an und für sich starke finanzielle Opfer in Frage, weil die Erringung dieser Bildung eben nicht nur hohe finanzielle Zuwendungen erfordert, sondern vor allem einen noch weit höheren Ausfall an Einnahmen, weil das die höheren Schulen besuchende Kind doch erst sehr viel später in das Erwerbsleben hineintritt, ohne daß die Sicherheit vorhanden ist, dann durch sein späteres Einkommen die Verluste wettzumachen. Gewiß befinden wir uns in finanzieller Not und die Lasten werden immer drückender, nicht zuletzt bei den Gemeinden. Aber es ist eines Kulturstaates nicht würdig, sich mit Belastungen antikultureller Art aus der Not heraushelfen zu wollen. In Bayern z. B. erreicht das Schulgeld nur eine geringe Höhe gegen die jetzt in Preußen verlangten Sätze.

Antikulturell wirkt auch die besondere Belastung der auswärtigen Schüler auf den städtischen Gymnasien. Wenn wenigstens nur eine Sonderbelastung der ausländischen Schüler erfolgen würde! So aber muß der Landwirt, der seinem Sohn die Möglichkeit höherer Bildung gewähren will und ihn schon unter besonderen Kosten, die er für Pension usw. bezahlen muß, dieser höheren Schule zuführt, seinen Wunsch noch besonders bezahlen. Dabei können hier nicht einmal wirtschaftliche Gründe der Gemeinden mitsprechen, weil ja durch diesen Schulbesuch vom Lande her Geld in die Stadt hineinkommt.

Hier wird also eine Entwicklung angebahnt, die jenem sozial so stark betonten Zug unseres Volksschulwesens stracks zuwiderläuft. Gerade von fortschrittsfreudiger Seite ist immer wieder Sturm dagegen gelaufen worden, daß die Möglichkeit der Bildungserweiterung in der Hauptsache an den Besitz geknüpft sei, daß nur der zur höheren Bildung käme, der „vorsichtig in der Wahl seiner Eltern war". Wird doch eifrig völlige Kostenfreiheit des ganzen Bildungswesens gefordert bis hinauf zur Universität. Aber auch an den Universitäten sind statt dessen die Kosten erheblich höher als früher geworden. Und man kann den bitteren Gedanken nicht unterdrücken, daß die keineswegs sehr erheblichen Einnahmen, die durch solche Erhöhungen hereinkommen, leicht auf andere Weise erzielt werden können, indem man nämlich an häufig recht überflüssigen Ausgaben sehr wenig kulturell fördernder Art spart. Und man kann den zweiten bitteren Gedanken auch nicht unterdrücken, daß die Leistungen des Staates, die er in den höheren Schulen gewährt, einer solchen Erhöhung wirklich nicht entsprechen, vielleicht sogar widersprechen.

So wird diese neueste Maßnahme der preußischen Regierung mit Recht auf starken Widerspruch namentlich jener Elternschaft stoßen, die unter großen persönlichen Opfern ihre Kinder dem höheren Schulwesen zuführt und es sich jetzt namentlich angesichts der allgemeinen Not noch ernster denn zuvor überlegen muß, ob sie in der Lage ist, das zu tun. Antikulturell aber ist es und antidemokratisch in höchstem Grade, wenn man die Ausbildung von Begabungen scheitern lassen muß an mangelndem Besitz. Noch immer ist es die Tüchtigkeit unserer Geistesarbeiter gewesen, die unser Volk vorwärtsgebracht hat; und diese Quelle neuer Kraft darf nicht zum Versiegen gebracht werden durch kurzsichtigen und überflüssigen Fiskalismus.

*

Antrag zur Schulgelderhöhung.

Im Preußischen Landtag ist ein Antrag Dr. v. Campe (D. Vp.) eingegangen, in dem es heißt: Die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen auf 200 Mark bedeutet eine so starke Belastung des Mittelstandes und der handarbeitenden Bevölkerung, daß die in der Presse angekündigte Verordnung des Kultusministeriums in höchstem Maße unsozial erscheint. Das Staatsministerium wird ersucht: 1. in eine sofortige Nachprüfung dieser Verordnung einzutreten, 2. zum mindesten eine Staffelung in der Form einzuführen, daß das zweite Kind nur 50 % des Schulgeldes zu zahlen hat und das dritte und das folgende Kind schulgeldfrei ist.

Die Vorteile von Locarno.

Eine Rede Briands.

In der Französischen Kammer wurde die Diskussion über die Ratifizierung des Abkommens von Locarno fortgesetzt. Briand betonte auf Anfrage, daß ein Versuch Deutschlands, mit militärischen Mitteln den Anschluß Österreichs zu erzielen, für Deutschland nicht ohne Gefahr sein würde. Der französische Ministerpräsident betonte weiter, daß der Friedensvertrag von Versailles undurchführbare Klauseln gehabt habe, und hob hervor, daß Frankreich seine Stellung durch Locarno nicht verschlechtert habe. Der Rhein werde jetzt eine internationale gemeinsame Grenze zwischen den Unterzeichnern des Locarnopaktes sein. Briand wies darauf hin, daß Deutschland entschlossen war, nicht isoliert zu bleiben, und daß wenn die Abkommen von Locarno nicht unterzeichnet worden wären, Frankreich eines Tages vor einer besonders schweren Lage hätte stehen können. Die Kölner Zone ist geräumt worden, weil das nicht anders möglich war. Im übrigen hindere das Abkommen von Locarno Frankreich nicht, sich zu bewaffnen und über seine eigene Sicherheit zu wachen. Deutschland habe sich in Locarno formell dazu verpflichtet, keine Gewalt anzuwenden, um eine Berichtigung seiner Grenzen mit Polen zu erzielen. Der Redner bezeichnete diesen Umstand für eine wesentliche Verbesserung des Friedensvertrages.

Reform der Reichsbehörden.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte bei der Etatsberatung der neue Reichsminister des Innern, Dr. Külz, seine Ansichten für die Art der in der Verwaltung notwendigen Reformen, wobei sowohl Sparsamkeit als auch zweckmäßige Arbeitsverteilung berücksichtigt werden sollen.

So erklärte der Minister zur Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts und zum Gesetz über die Reichseinheit, daß er beim Reichskabinett beantragt habe, die beiden Entwürfe in einer der nächsten Sitzungen zu verabschieden. Es muß eine einheitliche Stelle geschaffen werden, der unter Schonung berechtigter Wünsche der Länder die einheitliche Entscheidung in den für das öffentlich-rechtliche Leben des Reiches besonders wichtigen Fragen übertragen werden kann. Zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen muß ein Weg zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten eröffnet werden. Ein Gesetzentwurf hierüber ist dem Reichskabinett vorgelegt. Zur Verbesserung der technischen Organisation der Behörden und ihrer Zusammenarbeit sollen vorbildliche Einrichtungen eingeführt werden. Für Behörden und Wirtschaft ist eine einfache und übersichtliche Gesetzgebung eine der wichtigsten Reformen. Die Vorarbeiten für eine Sammlung des Reichsrechts, in der die große Zahl gegenstandslos gewordener oder aufgehobener Gesetze ausgeschaltet wird, sind beendigt. Zum Beamtenaustausch mit den Ländern und zur Festsetzung und Durchführung von Grundsätzen fanden Verhandlungen mit den Ländern statt. Es wurden Richtlinien vereinbart.

Zu einem wesentlichen Teil der Verwaltungsreform rechnet Reichsminister Külz die baldige Einbringung der noch fehlenden Teile der Beamtengesetzgebung und die Förderung der Fortbildung der Beamten.

Rechte und Pflichten der Beamten

faßte der Minister zum Schluß seiner Darlegungen wie folgt zusammen:

Die Erhaltung des Berufsbeamtentums öffentlich-rechtlicher Art ist auch für die Republik staatsnotwendig. Dazu gehören eine materiell, persönlich und dienstlich gesicherte Stellung des Beamten und der Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung. Der Beamte soll die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen. Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähen und verächtlich machen, machen sich unwürdig des Dienstes am Volke. Ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken, soll der Beamte in der Kritik der Regierungsmaßnahmen und der Volksvertretung maßvoll sein, Takt und Würde bewahren. Ein neues Beamtenrecht soll den Pflichtenkreis des Beamten nach neuzeitlichen Begriffen regeln und seine Rechte so sichern, daß auch der Schein jeder Willkür vermieden wird und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Beamten überall durch klare Rechtsansprüche gesichert sind. Ein Beamtenvertretungsgesetz soll dem Beamten einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung seiner persönlichen Angelegenheiten sichern. Ein Dienststrafgesetz wird dafür sorgen, daß Verfehlungen und Übergriffe von Beamten in einem strengen, aber mit den nötigen Rechtsgarantien für den Beamten ausgestatteten Verfahren gesühnt werden. Die gesamte Beamtengesetzgebung wird zweckmäßigerweise in steter Fühlungnahme mit den Vertretungskörpern der Beamtenschaft selbst durchgeführt. Die Fortbildungsmöglichkeiten der Beamten müssen erweitert und weitherzig gehandhabt werden. Die gesamte Arbeit des Beamten muß sich unter den beiden großen Gesichtspunkten vollziehen: die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei; alle Arbeit ist Dienst am Gemeinwohl.

Preußischer Landtag.

(137. Sitzung.) tt. Berlin, 1. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Pieck** (Komm.) unter Hinweis auf die Verhaftung des Landgerichtsdirektors Jürgens, daß auf die Reichsregierung dahin eingewirkt werde, daß sämtliche Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, an denen Jürgens mitgewirkt hat, wieder aufgenommen und einer Nachprüfung unterzogen werden. Der Redner verlangt, daß sein Antrag als erster Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird. Widerspruch gegen den kommunistischen Antrag wird nicht erhoben.

Abg. **Bachem** (Dtn.) beantragt hierauf, die Große Anfrage der Deutschnationalen über die Rückwirkung von Locarno gleichfalls heute noch auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident **Bartels** erklärt, das sei nur möglich, wenn niemand widerspreche. Die Regierung habe bereits ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Große Anfrage zu beantworten. Der Zeitpunkt sei aber noch nicht bestimmt. Da Widerspruch erhoben wird, kann die Große deutschnationale Anfrage heute nicht behandelt werden.

Der Fall Jürgens.

Abg. **Pieck** (Komm.) erklärt, Jürgens habe sich zu einer demagogischen und verbrecherischen Hetze gegen die Kommunisten mißbrauchen lassen. In Hannover seien ihm während des Krieges bereits 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung und Mißbrauch der Amtsgewalt durch die Staatsanwaltschaft vorgeworfen worden.

Abg. **Leinert** (Soz.) hält den kommunistischen Antrag für nicht weitgehend genug und beantragt Überweisung an den Rechtsausschuß. Dort müsse geklärt werden, ob auch die außenpolitische Tätigkeit Jürgens' und namentlich die seiner Vergangenheit nachzuprüfen ist.

Abg. **Bäcker** (Dtn.) spricht sich auch für Überweisung des kommunistischen Antrages an den Rechtsausschuß aus und erklärt, daß Jürgens niemals Beziehungen zu deutschnationalen Kreisen gehabt habe. Das Haus überweist dann den kommunistischen Antrag „Jürgens" dem Rechtsausschuß und wendet sich der zweiten Beratung des Etats des

Innenministeriums

mit Ausnahme des Abschnittes „Polizei" zu.

Die größte Gefahr für den Frieden.

„Mussolini muß weggeräumt werden."

Mussolinis neue Hetze gegen Deutschland, die er im „Petit Parisien" durch seine Erklärungen über die Italienisierung Südtirols betrieben hat, haben in Washington großes Aufsehen erregt. Die Aussichten für die Ratifizierung des italienischen Schuldenfundierungsverfahrens im Senat sind dadurch noch verschlechtert worden. Der ehemalige amerikanische Justizminister, jetzt Mitglied der Völkerrechtskommission des Völkerbundes, George Wickersham, erklärte in einer Ansprache des Newyorker Harvard-Klubs, Mussolini sei die größte Gefahr für den Weltfrieden, Italien sei durch absolute Tyrannei bedrückt, die Rede- und Pressefreiheit bestehe nicht mehr, und nun versuche Mussolini, eine Offensive der Alliierten gegen Deutschland zustande zu bringen. Zweifellos sehe der „Duce" Gefahr für sich heraufziehen, darum wolle er das Volk für eine Expansion über Italiens Gebiet hinaus aufwiegeln. Mit der Forderung: „Mussolini muß weggeräumt werden!" schloß der Redner.

Protest gegen die tschechische Sprachenverordnung.

Blutige Zusammenstöße mit der Polizei.

In 68 deutschen Städten der Tschechoslowakei fanden Protestversammlungen gegen die von der Regierung erlassene Sprachenverordnung statt. Die Versammlungen verliefen zum Teil sehr stürmisch. In Teplitz und Karlsbad, wo die Menge die Wacht am Rhein und das Deutschlandlied sang, kam es zum Eingreifen der Behörden. In Teplitz ging die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett gegen die Versammelten vor und räumte den Marktplatz. In Karlsbad wurden fünf Verhaftungen vorgenommen und die Versammlung aufgelöst.

In Aussig hatte die politische Behörde die Abhaltung der Versammlung verboten, trotzdem wurde von den deutschen politischen Parteien eine vertrauliche Versammlung in der Turnhalle abgehalten. Die Versammlung wurde aufgelöst und die Teilnehmer, welche sich in kleinen Gruppen auf dem Marktplatz zusammenfanden, wurden von der Wache zersprengt, wobei es zu fünf Verhaftungen kam. Die Protestversammlung in der deutschen Stadt Trautenau wurde von der Polizei aufgelöst.

Deutschlands Ehrenmal.

Zum Gedenken der Gefallenen.

Der Gedenktag, der in weiten Teilen Deutschlands unseren toten Kriegshelden gewidmet war, hat die Frage des Ehrenmals für die deutschen Kriegsopfer von neuem dringlich werden lassen. Wer durch die deutschen Gaue kommt, wird bemerkt haben, daß schon viele Orte ihren toten, im Kriege gefallenen Söhnen ein Denkmal errichtet haben. Besonders die Orte auf dem Lande haben kurz nach Beendigung des Krieges einen aller Ehren werten Wettstreit in der Errichtung solcher Gedenkmale ausgetragen; und es kann gesagt werden, daß manches künstlerisch wertvolle Werk hierbei geschaffen wurde, das, von den Hinterbliebenen liebevoll gepflegt, der Sammelplatz einer pietätvollen Heldenverehrung geworden ist. Aber noch immer fehlt ein Ehrenmal, das auf das gemeinsame Band deutet, das alle toten Krieger verbindet: das deutsche Vaterland, für dessen Verteidigung einst seine Söhne auszogen und starben.

In welcher Gestalt aber soll dieses „Ehrenmal Deutschlands" erstehen? Zwei Vorschläge halten sich hier die Wage. Der eine geht dahin, dieses Mal in der Reichshauptstadt zu errichten und hierfür die von Schinkels Hand stammende Hauptwache „Unter den Linden" zu einer Kapelle umzugestalten. Daß dieser Plan von den maßgebenden Stellen Berlins und seiner Bevölkerung propagiert wird, ist nicht weiter verwunderlich, aber auch Reichspräsident von Hindenburg und andere führende Männer und Künstler stehen der Vollendung dieser Idee freundlich gegenüber. Diese Hauptwache hat zu Zeiten des kaiserlichen Regimes eine große Anziehungskraft auf die Berliner ausgeübt. Täglich umstanden viele Hunderte den Bau, um dem militärischen Schauspiel der Ablösung der Hauptwache beizuwohnen, und wer einmal aus dem Reiche Berlin einen Besuch abstattete, war sicher ebenfalls vor der Hauptwache zu finden, um diese militärischen Aktionen der Gardetruppen in Augenschein zu nehmen. Diese Hauptwache ist mit dem alten Heere also innerlich eng verbunden und würde, worauf von Anhängern der Ausgestaltung des Schinkelschen Werkes zum Ehrenmal besonders hingewiesen wird, durch die sie umgebenden historischen Denkmäler und Baulichkeiten einen würdigen Rahmen finden.

Die verschiedenen Frontkämpferbünde können sich allerdings mit diesem Plan weniger befreunden. Bei ihrem jüngsten Empfang durch den Reichspräsidenten haben sie vielmehr ihrem Wunsche dahin Ausdruck gegeben, zu Ehren ihrer toten Kameraden einen Heldenhain zu errichten, der etwa in Mitteldeutschland angelegt werden sollte, so daß er von allen Teilen des Reiches aus gut zu erreichen wäre. Dieser Heldenhain sollte als ewiges Naturschutzgebiet erklärt werden, das, wie es in einem dem Reichspräsidenten von dem Bundesführer des Stahlhelms im Auftrage der verschiedenen Frontkämpferbünde vorgetragenen Entwurf heißt, „jeder Deutsche mit einer durch die Wahl der Landschaft, ihrer Reinheit und Heimatlichkeit, kurz, der Stimmung des Ganzen von selbst hervorgerufenen Ehrfurcht betritt". Nach Ansicht der Verfechter dieser Idee besteht die große Gefahr, daß beim Ausbau der Schinkelschen Hauptwache zum Ehrenmal dieser Ort leicht zum Tummelplatz der politischen Meinungskämpfe werden könnte, die ja in Berlin heiß betrieben werden, wodurch aber diese Stätte, die dem ganzen deutschen Volke gehören soll, entweiht werden würde.

Andere Vorschläge zielen auf die Errichtung eines „Deutschen Olympia" zur geistigen und körperlichen Ertüchtigung des deutschen Volkes und zur Schaffung von Heimen für die Kriegsinvaliden oder die Hinterbliebenen der toten Kämpfer. Diese beiden Vorschläge scheinen aber bisher noch keinen rechten Anklang bei der Mehrheit des Volkes gefunden zu haben. Ein Ausschuß, dem der Reichskunstwart und Vertreter der Länder angehören, beschäftigt sich mit der Frage der Errichtung eines Ehrenmals schon seit längerer Zeit. Hoffentlich findet er bald eine würdige Lösung, damit die Schuld des deutschen Volkes an seine toten Krieger zu einem Teil wenigstens abgetragen werden kann. — k. —

Wünsche und Beschwerden.

In der Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuß des Reichstages forderte der Abg. **Schreiber** (Ztr.), daß mit der Vereinfachung der Verwaltung Ernst gemacht werden müßte. Abg. **Mumm** (Dtn.) führte aus, daß den großen Vorzügen und Fortschritten des Radios auch große Schattenseiten gegenüberständen, die auf den Mißbrauch durch sogenannte Couplets, durch Schund und Zoten hervorquellen. Abg. **von Kardorff** (D. Vp.) stimmte zwar einem Teil der Bemerkungen des Ministers über die Pflichten und Rechte der Beamten zu, hielt es aber andererseits für zu weitgehend, daß die Beamten überzeugte Republikaner sein müssen. Natürlich geböte es der Takt, daß der Beamte nicht die Republik schmähe, aber mehr als korrektes Benehmen im Amt und außerhalb des Amtes gegenüber der Republik dürfe man nicht fordern. Abg. **Berndt** (Dtn.) bezeichnete die Ministererklärung über die Beamten als eine Kampfansage an alle Beamte, die nicht überzeugte Republikaner seien, und betonte, daß die Erklärung des Ministers verfassungswidrig sei. Abg. **Koch** (Dem.) sprach sich gegen die Idee einer vom Reichstag unabhängigen Reichsregierung aus und erklärte eine Heraufsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre für annehmbar. Die republikanische Gesinnung müsse bei allen öffentlichen Amtshandlungen vorausgesetzt werden. Der kommunistische Redner **Bertz** bezweifelte, daß der Minister mit den republikfeindlichen Beamten aufräumen würde, während sein Fraktionsgenosse Abg. **Stöcker** die Regierung aufforderte, dem Reichstag endlich die Vorlage eines Alkoholverbotgesetzes zugehen zu lassen. Abg. **Petzold** (Wirtsch. Vgg.) forderte ein Eingreifen des Reichsministeriums in den Arzneimittelhandel, pflichtete im übrigen den Ausführungen des Ministers bezüglich der Beamtenpflichten bei.

Deutscher Reichstag.

(167. Sitzung.) CB. Berlin, 1. März.

Der Reichstag setzte die zweite Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fort. Dabei ersuchte zuerst der Abg. **Graßmann** (Soz.) bei dem Etatstitel „Beiträge für das Internationale Arbeitsamt in Genf", um schleunige Vorlegung des angekündigten Arbeitszeitgesetzes, das den gewerkschaftlichen Wünschen auf Festlegung des achtstündigen Arbeitstages entsprechen müßte. Der englische Arbeitsminister habe sich kürzlich auch in seiner Rede für die internationale Festlegung des Achtstundentages ausgesprochen. Die für Ende des Monats geplante Zusammenkunft der Arbeitsminister der wichtigsten Länder werde hoffentlich zur allgemeinen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens führen. Der Redner ersuchte weiter um Fortführung der Bestrebungen auf Anerkennung der deutschen Sprache als dritte öffentliche Amtssprache des internationalen Arbeitsamtes. Er wandte sich schließlich gegen die Anträge, die darauf hinzielen, daß auch die gewerkschaftlichen Minderheitsgruppen eine Vertretung bei den Institutionen des internationalen Arbeitsamtes finden.

Abg. **Thiel** (D. Vp.) begrüßte es, daß nach der Erklärung des sozialdemokratischen Redners eine Einheitsfront von links bis rechts in der Forderung nach Einführung der deutschen Sprache als öffentliche Amtssprache des internationalen Arbeitsamtes bestehe. In der Zusammensetzung der Verwaltung dieses Amtes müsse Wandel geschaffen werden, da in der eigentlichen Leitung Deutschland jetzt überhaupt nicht vertreten sei. Bevor dieser skandalöse Zustand nicht beseitigt sei, dürfte Deutschland kein Abkommen des internationalen Arbeitsamtes ratifizieren.

Abg. **Rädel** (Kom.) führte aus, das internationale Arbeitsamt sei ein Institut, das gegen das Proletariat arbeite. Niemals hätte es sich gegen den Lohndruck der Unternehmer in den verschiedenen Ländern gewandt.

Abg. **Schneider-Berlin** (Dem.) forderte gleichfalls die Zulassung der deutschen Amtssprache in Genf und eine stärkere Vertretung Deutschlands in der Verwaltung. Er befürwortete weiter die Vertretung der deutschen gewerkschaftlichen Minderheitsgruppen im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes.

Beim Kapitel „Gewerbeaufsicht" führte Frau **Sender** (Soz.) Beschwerde über unvollkommene Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen.
der Arbeiterschutzbestimmungen. Die Verlängerung der Arbeitszeit hätte, so meinte die Rednerin, weiter zu einer wesentlichen Steigerung der Betriebsunfälle geführt. Die Schutzvorrichtungen seien außerdem vielfach unwirksam. Die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Gewerbeaufsichtsbeamten müssen den Akademikern gleichgestellt werden.

Abg. Dr. **Spuhler** (Dtn.) wünschte die Möglichkeit, an die Stelle der Invalidenrente auf Antrag des Versicherten eine Kapitalabfindung zu setzen. Die Erwerbslosenversicherung möchte zu einem Teil der Krankenversicherung gemacht werden. Für Jugendliche sollten Zwangssparkassen eingerichtet werden.

Abg. **Vierrath** (Komm.) verlangte eine Erweiterung der Rechte der Betriebsleiter auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.) forderte gesetzlichen Schutz der Kinder vor Ausbeutung bei der Landwirtschaft. Beim Kapitel „Sonstige soziale Maßnahmen" trat Abg. Frau **Müller-Ottfried** (Dtn.) für Verbesserung in der Kleinrentnerfürsorge ein.

Abg. Frau **Matz** (D. Vp.) begründete eine Interpellation ihrer Partei, worin über mangelhafte Durchführung der Kleinrentnerfürsorge Beschwerde geführt wird.

Abg. **Juchacz** (Soz.) foderte Individualisierung und Demokratisierung der gesamten sozialen Fürsorge.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Volkstrauertag im Reich.

Die Gedenkfeiern für die im Weltkrieg Gefallenen sind überall da, wo der Toten gedacht wurde, ruhig und würdig verlaufen. Auf allen amtlichen Gebäuden und auf zahlreichen privaten Häusern waren die Flaggen halbmast gehißt. Gemeinsames Geläut aller Glocken in Stadt und Land kündete den Beginn des Gedenktages an. Um die Mittagsstunde fanden fast überall große Feiern statt. Der gemeinsame Gedanke der Geleitworte, die bei den Feiern gesprochen wurden, war der, daß die Toten die Lebenden mahnen zu opferwilliger Liebe zum Vaterland und zu treuer Einigkeit, und daß in Zukunft die Gegensätze zwischen den Völkern einen anderen Weg zur Schlichtung als den des Krieges finden möchten.

Die Reise Dr. Rameks nach Berlin.

Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, trifft am 6. März in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung über das genaue Programm der Berliner Reise des Bundeskanzlers Dr. Ramek zu verhandeln. Auf Wunsch der deutschen Reichsregierung wird sich Dr. Ramek erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann aus Genf, also voraussichtlich in der letzten Woche des Monats März, nach Berlin begeben.

Aus In- und Ausland.

München. In der Sitzung der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei wurde entschieden gegen eine entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser Stellung genommen und einstimmig der Versuch zurückgewiesen, durch eine reichsgesetzliche Regelung einen von der Volksvertretung in Bayern geschaffenen Rechtszustand rückwirkend anzugreifen.

Wien. Wie das „Neue Montagblatt" erfährt, werden durch eine Intervention beim Generalkommissar Dr. Zimmermann statt der ursprünglich zugesagten 5 bis 6 Millionen Schilling für das Molkereiwesen aus den Kreditresten des Völkerbundkredites 12 Millionen Schilling für die österreichische Milchwirtschaft flüssig gemacht werden.

Wien. Unter dem Vorsitz des Obmannes des deutschen Schulvereins Prof. Dr. Groß fand eine von dem Hilfsverein für Deutsch-Südtirol und vom Andreas-Hofer-Bund einberufene Protestversammlung gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol statt. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der erklärt wird, die Südtiroler Frage sei eine Frage der ganzen zivilisierten Welt und gehöre vor den Völkerbund.

Der Siebente.

Roman von **Elsbeth Borchart.**

54. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er sprang auf. Alles Blut wich ihm aus dem Gesicht. So verabschiedete man einen Kammerdiener.

Er machte eine stumme Verbeugung und verließ das Zimmer.

In seinem Zimmer angelangt, schloß er sich ein und begann darin herumzulaufen wie ein gereizter Löwe.

Es wühlte und gärte in ihm wie das niedergehaltene Feuer eines Vulkans, das den Ausweg sucht. So war der Krater doch noch nicht ausgebrannt, er schien vielmehr ein verstärktes Maß von Leidenschaft in sich aufgespeichert zu haben, um bei Gelegenheit wie ein glühender Lavastrom hervorzubrechen und alles niederzureißen, was als Bollwerk dagegen aufgebaut worden war in langen Jahren.

Und Seeger ließ diesen Strom über sich herbrausen, ohne der elementaren Gewalt in seinem Innern einen Widerstand entgegenzusetzen. Alles schwand darunter, Vernunft, Selbstbeherrschung, nur eins leuchtete daraus hervor, grell und scharf: Er oder ich!

Wie ein Feldherr maß er den Kampfplatz. Die Stunde der Entscheidung schien ihm gekommen zu sein, und er war entschlossen, zu kämpfen bis zum letzten Atemzuge.

— — — — —

Graf Aribert von Stolzenau hatte sich einige Zeit nicht auf Gerolstein sehen lassen. Er wollte Waltraut Zeit lassen, sich mit seiner Werbung vertraut zu machen, sich in den Gedanken an eine zweite Heirat hineinzufinden. Er hatte sie zu sehr überrascht damit, sie war nicht vorbereitet gewesen — aber seine Hoffnung, daß sie ihre Zweifel und Bedenken besiegen würde, blieb ihm. Er hatte ihr die Notwendigkeit vor Augen geführt, ihr gezeigt, in welche schwierigen Lagen sie durch ihre Alleinstellung geraten konnte, und Waltraut war ebenso klug wie feinfühlend; sie würde dem Rechnung tragen. Ihre Inschutznahme Seegers hatte ihn zwar geärgert, doch hatte daraus schließlich nur der Stolz des Weibes gesprochen, und gerade dieser Stolz war es, der seine eifersüchtigen Regungen unterdrückte. Gleichwohl war ihm der Gedanke, diesen Menschen in der Nähe der Geliebten zu wissen, unerträglich. Er sann und grübelte, wie er ihn von Gerolstein entfernen könnte, ohne sich selbst dabei bloßzustellen. Was ihn früher in Wut und Aerger versetzt hatte, die tollen Streiche Eberhards, mit denen er seine Hauslehrer so erfolgreich zu vertreiben wußte, hätte er jetzt herbeigewünscht. Warum der Bengel jetzt nur so feige geworden war! War das ein Zeichen von Seegers starkem Einfluß auf den Knaben, der es verstand, sich als Herr und Gebieter den aufzuspielen? Das wäre gefährlich, denn es mußte eine Rückwirkung haben. Seine Rechte als Vormund gingen nicht so weit, daß er den Hauslehrer ohne den Wunsch der Mutter einfach entlassen konnte, und er hatte das Gefühl, daß er mit einem derartigen Antrag bei Waltraut nicht allein auf Widerstand, sondern auf ein Befremden stoßen würde, das seiner eigenen Angelegenheit mehr schädlich als förderlich wäre. So begnügte er sich damit, seine Schwester Linda nach Gerolstein zu schicken, gewissermaßen als Schutz und Ableiter. Er hatte es den Seinigen verschwiegen, daß er um Gräfin Gerolstein geworben hatte; er wollte es ihnen erst mitteilen, wenn er seiner Sache sicher war. Linda forschte nicht nach seinen Geheimnissen, obgleich es ihr auffallen mußte, daß er die ganze vorige Woche nicht auf Gerolstein war, wo es in letzter Zeit doch zu seinen Gepflogenheiten gehört hatte, zwei- bis dreimal in der Woche hinüberzureiten. Sie hatte viel zu viel mit sich selbst zu tun.

Seit jenem Ritt mit Seeger, nach der vorangegangenen Bändigung der Florida durch ihn, schien ihr ganzes Wesen wie umgekrempelt zu sein. Sie zeigte einen Hang zur Einsamkeit und zum Grübeln, was ihrer frohen, leichten Natur früher ganz fremd gewesen war. Auch machte sich eine nervöse Reizbarkeit bei ihr, die immer stolz behauptet hatte, keine Nerven zu besitzen, bemerkbar, und zwar in verstärktem Maße, wenn sie von einem Besuch von Gerolstein zurückkehrte. Es gelang dem Bruder dann trotz aller Mühe nicht, auch nur das geringste Wissenswerte aus ihr herauszuholen. Sie begnügte sich mit kurzen Bemerkungen, die vielsagend waren und ihm doch nichts sagten.

Aribert wußte nicht, welches der Grund der Verstimmung seiner Schwester war, und daß er stets in der Entwicklung wurzelte, Seeger auf Gerolstein nicht angetroffen, vielmehr überhaupt gesehen zu haben. Ob absichtlich oder unabsichtlich — nie war er im Park zu entdecken, so scharf sie auch ausspähte, und auch bei der Gräfin traf sie ihn nicht mehr, obgleich sie die Vorlesestunden genau wußte. Durch dieses vergebliche Warten und Sehnen wurde sie sich ihrer Gefühle bewußt, die sie zuerst tief erschreckten, dann aber mit einer Unruhe und einem Verlangen erfüllten, das sich zur Leidenschaft steigerte.

Und eines Tages traf sie ihn endlich, nachdem sie schon stundenlang im Park und Wald gewandert war.

Er ging, in Gedanken verloren, mit gesenktem Kopf und gewahrte sie erst, als sie nur noch wenige Schritte von ihm entfernt war.

Sofort zog er den Hut und begrüßte sie.

„Wo stecken Sie denn die ganze Zeit, Herr Seeger?" fragte sie lächelnd mit freundlicher Herablassung, und doch spürte sie ein innerliches Zittern.

„Wie meinen gnädigste Komteß?" fragte er zurück.

„Sie waren wie vom Erdboden verschwunden, man sah und hörte nichts von Ihnen," erwiderte sie.

Nun lächelte er auch.

„Es ist manchmal ganz gut, für einige Zeit unterzutauchen oder vielmehr sich in seinen Bau zu verkriechen."

„Wieso?" fragte sie erregt.

„Um — zu studieren. Mit der Ausübung des Berufs ist es eine eigene Sache, gnädigste Komteß; das erfordert eine stete Anspannung aller Kräfte, ein beständiges Ringen, um sich erfolgreich behaupten zu können."

„So? Hm!" meinte Linda, und sie fühlte ihr Herz stürmisch schlagen. „Ihr Beruf scheint ja auch ein weit ausgedehntes Gebiet zu haben."

Diese mit einiger Schärfe hervorgebrachten Worte befremdeten Seeger.

„Allerdings", gab er zu. „Die Schwierigkeiten wachsen und mit ihnen das Feld, das erobert werden muß."

(Fortsetzung folgt.)

Elberfeld. Aus Anlaß des Todestages des ersten Reichspräsidenten wurde hier ein Ebert-Gedenkstein enthüllt. Der Gedenkstein ist ein Granitfindling aus dem Fichtelgebirge, der über 100 Zentner schwer ist.

Bern. Im Jahre 1924 hat die Schweiz 83½ Millionen Franken für militärische Zwecke ausgegeben.

Peking. In Nordchina haben von neuem Kämpfe begonnen. Um den Besitz von Tientsin ist eine Schlacht entbrannt.

Brüssel. Im Brüsseler Volkshaus hat eine Zusammenkunft belgischer, französischer und deutscher Sozialisten zur Erörterung der Handelsvertragsfragen stattgefunden.

Kopenhagen. Der schwedische Missionsrat hat beschlossen, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Frage einer großen internationalen Missionstagung in Jerusalem für 1927 zu besprechen.

Peking. In Peking wurde eine Proklamation erlassen, die den Militär- und Zivilgouverneuren befiehlt, die gegen die Christen gerichtete Propaganda, und zwar Versammlungen, Vereinigungen usw. zu unterdrücken. In der Proklamation wird ausgeführt, daß die christliche Religion auf Grund von Verträgen mit den auswärtigen Mächten in China zugelassen sei und daher geschützt werden müsse.

Vermischte Drahtnachrichten vom 1. März.

Abschlägige Bescheide der Wohnungsämter künftig kostenlos.

Berlin. Die Verwaltungsgebührenordnung in Angelegenheiten der Wohnungszwangswirtschaft wird durch Anordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt mit sofortiger Wirkung aufgehoben. — Bekanntlich mußten Wohnungsuchende bisher sogar dann, wenn ihnen das Wohnungsamt einen abschlägigen Bescheid zusandte, für die Erledigung ihres Antrages Gebühren zahlen.

Geständnis der Gräfin Bothmer.

Berlin. Der Prozeß gegen die Gräfin v. Bothmer wegen Urkundenfälschung wird am 11. März stattfinden. Wie es heißt, hat die Gräfin jetzt ein Geständnis abgelegt, daß sie den Brief der Schwester Hieronyma selbst geschrieben habe. Die Gräfin hat auf Grund dieses Briefes von verschiedenen Leuten Geld geliehen erhalten.

Achtfacher Brand.

Heilbronn. In Sindringen, Oberamt Öhringen, brach in sieben Scheunen gleichzeitig Feuer aus. Die Scheunen wurden vollständig zerstört, ebenso ein Wohnhaus, dessen Mieter und Besitzer mit Familien nur das nackte Leben retten konnten. Man nimmt Brandstiftung an.

Der Kölner Besuch des Reichspräsidenten.

Köln. Während seines letzten Aufenthaltes in Berlin hat Oberbürgermeister Dr. Adenauer mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten über die endgültige Festlegung des Programms für den Besuch, den der Reichspräsident am 21. März der Stadt Köln abstatten wird, verhandelt. Danach wird das Reichsoberhaupt mit seiner Begleitung am 21. März, vormittags, in Köln eintreffen. Bei dem Empfang werden zugegen sein der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, der Kölner Regierungspräsident, Graf Adelmann, und sonstige Spitzen der Kölner Behörden. Um 10 Uhr vormittags begibt sich der Reichspräsident zum Rathaus, um sich in das Goldene Buch Kölns einzutragen. Von dort aus erfolgt die Abfahrt des Reichspräsidenten zur großen Halle im Rheinpark. Hier findet unter Anteilnahme aller Bevölkerungskreise ein Festakt statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer, ein Mitglied der preußischen Staatsregierung und zum Schluß der Reichspräsident sprechen werden. Abends gegen 10 Uhr veranstaltet eine große Anzahl Kölner Vereine und Verbände einen Fackelzug, der am Alten Markt vorüberzieht, wo der Reichspräsident auf dem Balkon des Rathauses diese Kundgebung entgegennimmt.

Kündigung des Lohnabkommens im rheinischen Braunkohlenbergbau.

Köln. Die Bergarbeiterverbände haben das Lohnabkommen im rheinischen Braunkohlenbergbau zum 1. April dieses Jahres gekündigt.

Annahme der Locarnoverträge im italienischen Ministerrat.

Rom. Im Ministerrat erstattete Mussolini im Zusammenhang mit einer Erörterung des Besuches Nintschitschs und der italienischen Stellungnahme zu der bevorstehenden Völkerbundtagung eingehend Bericht über die allgemeine internationale Lage. Der Ministerrat nahm den Verordnungsentwurf an, durch den die am 16. Dezember 1925 in Locarno abgeschlossenen Verträge zwischen Italien, Belgien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien gebilligt werden.

Die Leipziger Messe.

Guter Besuch, flaues Geschäft.

Trotz des schlechten Wetters entwickelte sich in den Straßen Leipzigs ein reges Treiben. An Messebesuchern fehlt es nicht, aber die Kaufabschlüsse lassen bis jetzt zu wünschen übrig. Das Hauptinteresse in der Textilmesse konzentriert sich auf die Kunstseidenausstellung, die ein reiches und geschlossenes Bild dieses neuesten Textilzweiges bietet. Die Kunstgewerbemesse in der Universität und im Grassi-Museum ist wieder außerordentlich reich beschickt. Guter Geschmack, vor allem bei bayerischen und Wiener Erzeugnissen. Einen sehr interessanten Versuch macht die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur, die abwechselnd Kollektivausstellungen von Kunsthandwerkerzeugnissen bringen und dadurch das Kunsthandwerk wieder vor Verödung schützen will. In diesem Jahre zeigt die Arbeitsgemeinschaft eine Kollektivausstellung handwerklichen Glases und gibt damit kleinen Handwerksbetrieben, die von sich aus nicht in der Lage wären, sich an die breitere Öffentlichkeit zu wenden, Gelegenheit, sowohl das kunstsinnige Publikum wie auch den Handel für seine Erzeugnisse zu interessieren. Die Technische Messe erfreute sich am ersten Tage schon eines Besuches von 17 000 Interessenten.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 3. März.

Sonnenaufgang	6^{48}	Mondaufgang	9^{44} N.
Sonnenuntergang	5^{42}	Monduntergang	8^{29} V.

1871 Paris von den Deutschen geräumt — 1918 Einnahme von Kiew durch die Deutschen.

□ **Die D-Züge sollen schneller fahren.** Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist bestrebt, dem Wunsch nach beschleunigter Durchführung der Schnellzüge nach Möglichkeit zu entsprechen. Es wird deshalb versucht werden, alle Aufenthalte, die der Bedeutung der Schnellzüge nicht mehr entsprechen, allmählich auszuschalten. Wenn dabei gewisse Härten für den betreffenden Ort entstehen, so sollten diese Nachteile im Hinblick auf die Gesamtheit willig getragen werden. Ferner soll neben der Ausschaltung nicht unbedingt notwendiger Aufenthalte auch die Einschränkung der Schnellzugsaufenthalte auf den Stationen durchgeführt werden.

---

* **Seinen 80. Geburtstag** begeht am heutigen Mittwoch Herr Gärtnereibesitzer **Gottwald** in geistiger und körperlicher Frische. Unseren herzlichsten Glückwunsch.

* **Betr. der Handels- und Gewerbebank** haben wir zu unserem Bericht über die Hauptversammlung nachzutragen, daß die letzte Revision nicht eine außerordentliche, sondern die übliche gesetzliche war. Die neuen Satzungen wurden den neuen Verhältnissen entsprechend geändert. Die Bezeichnung in unserem Bericht, daß sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend geändert wurden, läßt den Schluß zu, als ob die früheren Satzungen diesen Bestimmungen nicht entsprochen hätten; dies ist aber nicht der Fall, sie waren ebenso gesetzlich wie die neuen. Hinzufügen wollen wir noch, daß der Handels- und Gewerbebank von der Zentralbank in Breslau neue Mittel zufließen werden, damit neue Kredite gewährt werden können. Direktor Glintschert-Breslau bezeichnete die Bank als absolut lebensfähiges Geldinstitut, sobald eine zeitgemäße Umgestaltung der Verwaltung erfolgt ist. Die Hauptsache ist, daß die Mitglieder „zur Stange" halten und ihre Geldgeschäfte mit ihr abwickeln.

* **Von der Holzschnitzschule Warmbrunn.** Der neue Regierungspräsident, Herr Dr. Poeschel, besuchte bei seiner Anwesenheit im Kreise Hirschberg in Begleitung des Herrn Landrat Dr. von Bitter auch die Holzschnitzschule und wurde vom Direktor der Schule Professer dell' Antonio durch die Werkstätten geführt. Am gleichen Tage wurde die Schule auch von Herrn Landeskämmerer Werner und Herrn Oberbürgermeister Wagner aus Breslau besichtigt. Die Klassen der Schulen sind seit längerer Zeit, bis zum letzten Platz besetzt, und die Anmeldungen neuer Schüler sind so zahlreich, daß nur etwa ein Drittel der Angemeldeten für Ostern 1926 angenommen werden konnte. Auch Ausländer wollten die Holzschnitzschule wieder besuchen. Die führende englische Kunstzeitschrift „The Studio" brachte in ihrem letzten Februarhefte einen längeren Aufsatz mit Abbildungen über die Schule in dem ihre Bedeutung für die Holzschnitzkunst hervorgehoben wird.

* **Die Reifeprüfung** am Gymnasium zu Hirschberg bestand der Oberprimaner Anton Klein von hier; derselbe wird sich dem Maschinenbaufach widmen.

* **Zum Abstimmungsleiter des 8. Stimmkreises** (Regierungsbezirk Liegnitz) für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen" ist Regierungsdirektor Wille, zum Stellvertreter Regierungsassessor Dr. Hoch ernannt worden. Das Geschäftszimmer des Abteilungsleiters befindet sich im Regierungsgebäude zu Liegnitz. Fernsprecher 1931.

* **Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe.** Der Minister für Handel und Gewerbe weist in einem Runderlaß darauf hin, daß die Zulassung allgemeiner Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe auf Grund der gewerbegesetzlichen Bestimmungen nur die öffentlich rechtliche Zulässigkeit einer sonntäglichen Beschäftigung von Angestellten herbeiführt. Die in etwaigen Tarifverträgen enthaltenden Bestimmungen über die Leistung von Sonntagsarbeit behalten für die Tarifbeteiligten ihre Geltung weiter, falls hierdurch den Arbeitnehmern ein größeres Maß von Sonntagsruhe gewährleistet wird als durch die behördliche Regelung. Tarifliche Bestimmungen, soweit sie Sonntagsarbeit über das behördliche zugelassene Maß hinaus vorsehen, sind indessen gegenstandslos.

* **(Sparsam wirtschaften!)** Regierungspräsident Dr. Poeschel hat an die Kommunalverwaltungen eine Verfügung ergehen lassen, die äußerste Sparsamkeit zur Pflicht macht. Es soll der Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung!" befolgt werden. Als Deckung für eine auf die Dauer berechenete Anlage kommt die langfristige Anleihe in Frage.

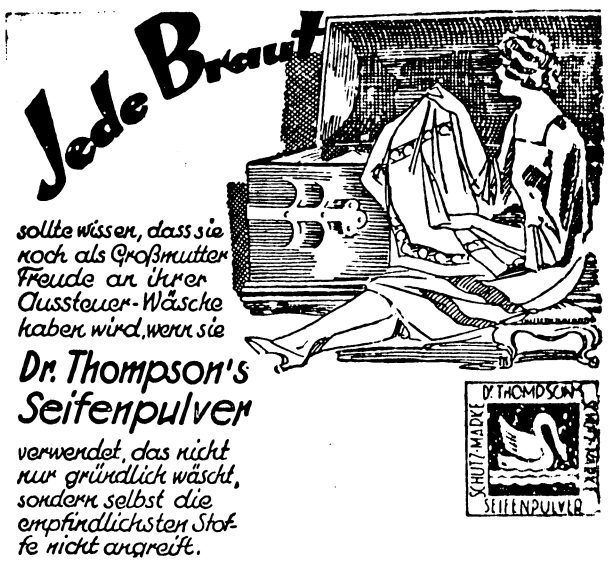
Bunte Chronik. Als des Einbruchsdiebstahls verdächtig wurde der Arbeiter Gerhard Glaubitz in **Voigsdorf** verhaftet. Es wurden bei dem Kaufmann Giernoth Waren für 200 Mk. und bei dem Landwirt Ziegert Lebensmittel gestohlen. — In **Krummhübel** wurde der Hausdiener Richard Zimmer verhaftet, weil er in dem von ihm beschäftigten Fremdenheim Wäsche gestohlen hatte. — In **Berthelsdorf** brannte die Scheune des Gutsbesitzers Höhermit Inhalt (Stroh, Getreide und Maschinen) nieder! — In einen Walde erhängte sich der Hausbesitzer Gustav Töpler aus **Johnsdorf**. Er ist ein Opfer der Inflation. — Beim Pflügen am Steinberg bei **Plagwitz** wurde eine Kanonenkugel mit Zünder gefunden, die vermutlich aus 1813 stammt. — Auf der Feldmark **Steinseiffen-Arnsdorf** ist eine Anzahl, zum wertvolle Hunde vergiftet aufgefunden worden. — Durch Leuchtgas zu vergiften versuchte sich eine Breslauer Dame in Krummhübel. Sie wurde noch rechtzeitig ins Krankenhaus in Arnsdorf eingeliefert. — Vermißt wird die Landwirtstochter Anna Kindler aus **Glauswitz**. Sie ist 27 Jahre Sie scheint Selbstmord verübt zu haben. — In **Schönau** wurden auf dem letzten Wochenmarkt Eier für 8 Pfg. verkauft. — Vom Zuge überfahren ließ sich Sonnabend ein junger Mann, namens Willy Donath aus Jannowitz im Tunnel **Mauer-Waltersdorf**. Er war sofort tot. — Die Hebamme Frau Reuner in **Crommenau** beging am Freitag ihr 50 jähriges Jubiläum. Sie ist 73 Jahre alt und hat 1690 Erdenbürger ins Erdendasein gebracht.

Schwere Autounfälle.

Zwei Autos vom Zuge überfahren.

Auf der von Potsdam nach Neu-Töplitz führenden Chaussee hat sich ein schwerer Autounfall ereignet. Auf dem durch keine Schranke gesicherten Eisenbahnübergang bei Bornim-Grube fuhr ein Personenzug gegen das Auto des Milchhändlers Jeserich. Das Auto wurde zertrümmert, die fünf Insassen wurden verletzt.

An der Chaussee nach Overyssel in Holland versuchte ein Ford-Automobil kurz vor dem Passieren des von Leeuwarden nach Amsterdam unterwegs befindlichen Spätzuges trotz der Warnungssignale des Lokomotivführers den Eisenbahnübergang Stobbegang zu überqueren. Trotzdem der Lokomotivführer den Zug zum Stillstand zu bringen versuchte, wurde das Auto von der Maschine erfaßt und vollständig vernichtet. Die beiden Insassen konnten nur als schrecklich verstümmelte Leichen geborgen werden.



Guter Erfolg der „Grünen Woche".

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Nach dem geringen Erfolg, den die Mehrzahl der in der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftsnot abgehaltenen „Messen" zu verzeichnen hatte, hat man der Berliner Grünen Woche und ihren Ausstellungen, die nunmehr mit einem Germanischen Bauern- und Landvolkskongreß ihr Ende erreicht haben, von vornherein keine übertriebenen Erwartungen entgegengebracht. Aber zur allgemeinen Überraschung ist der Erfolg sehr gut geworden, viel besser, als man zu hoffen gewagt hätte. Namentlich der Massenbesuch der Ausstellung in der Halle des Funkhauses war größer, als bei irgendeiner der großangelegten Messen im Reich, und doch war diese Ausstellung bescheiden an Umfang. Vielleicht läßt sich die Lehre aus dem Berliner Erfolg gewinnen, daß auch die Ausstellungen sich der Lage der Gegenwart anpassen und, solange weite Kreise kein Geld für große Anschaffungen haben, sich auf die Artikel beschränken sollen, für welche die Kaufkraft ausreicht.

Festgestellt muß werden, daß nur ein Bruchteil der Besucher dieser Landwirtschaftlichen Ausstellung vom Lande stammte. Den Landwirten fehlte in diesem Jahre in fühlbarem Maße das Geld zum Besuch der Berliner Woche. Die Massen der Besucher kamen aus Berlin selbst und so hatten den größten Absatz die Bedarfsgegenstände für Hauswirtschaft, für Geflügelzüchter und Kleingärtner. Es hat sich jetzt gezeigt, daß die innige Liebe, die den Weltstädten für ein Stück selbstbewirtschafteter Scholle im Weltkriege und in der Inflation anerzogen, vordem bisweilen etwas gewaltsam aufgedrängt worden ist, tiefe und dauerhafte Wurzeln geschlagen hat.

Die ganze Zeit der „Grünen Woche" war ausgefüllt mit den Fachtagungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die in weit über 100 Ausschußsitzungen alle brennenden Fragen der landwirtschaftlichen Betriebstechnik erörterten. Diese Tagungen bekamen in diesem Jahre ein besonderes Gepräge. In diesem Jahre zuerst wurden nach zehnjähriger Abgeschlossenheit die Ergebnisse der Studienreisen ausgewertet, welche ausgewählte Sachverständige mit Beihilfe des Staates und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach den amerikanischen Farmbetrieben unternommen haben, und es ergab sich die Frage, was können wir von Amerika lernen, und was hat der deutsche Landwirt von der amerikanischen Konkurrenz zu befürchten? In letzter Hinsicht lautet merkwürdiger Weise die Antwort der berufensten Fachmänner beruhigend: Die Gefahr der Unterbietung durch die amerikanischen Erzeugnisse wird in absehbarer Zeit überwunden sein, weil die amerikanische Landwirtschaft so hohe Löhne zahlen muß, daß sie sich nur noch teilweise rentiert, trotz bester Wirtschaftsorganisation, so daß jetzt schon viele Farmen stillgelegt worden sind. Diese Verhältnisse werden aber automatisch weiter zum Nachteil der amerikanischen Konkurrenz wirken.

In der Wirtschaftstechnik aber müssen wir von den Amerikanern ungeheuer viel lernen, beinahe auf allen Gebieten, außer der Feldbebauung. Es wirkte geradezu sensationell, als in einer Sitzung der vereinigten Züchterverbände die Fortschritte der amerikanischen Milchwirtschaft bekanntgegeben wurden. 30 Liter Tagesdurchschnitt gibt die amerikanische Kuh, die Rekordkuh hat 16 800 Liter im Jahre erreicht! Das ist beinahe das Zehnfache des deutschen Durchschnittes! Allerdings gibt es, wie gleichzeitig mitgeteilt wurde, auch schon einzelne deutsche Wirtschaften, die auf dem Wege zu solchen Leistungen sind, aber im Durchschnitt werden wir tüchtig arbeiten müssen, ehe wir uns mit den Amerikanern vergleichen können. Wie nun unsere Landwirte dahin gelangen können, bildete einen großen Verhandlungsgegenstand der Tagung. Und noch ein bedeutsames Leitwort stand über den gesamten Beratungen, die Losung: Wir müssen durch Selbsthilfe so weit kommen, daß die Qualität unserer Erzeugnisse, z. B. der Butter, ebenso hoch wird wie diejenige, die uns das Ausland anbietet! Daran fehlt oft viel, und das wurde freimütig anerkannt.

A. S.

Nah und Fern.

○ **Von einer Handgranate zerrissen.** Dem auf Nachtposten stehenden Gefreiten Holderriet vom Infanterieregiment 14 in Konstanz explodierte eine Handgranate. Der Unglückliche wurde in Stücke gerissen. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Die wachhabenden Posten haben zwei Handgranaten bei sich, deren Zünder aber nicht eingeschraubt sind, sondern in der Patronentasche mitgeführt werden.

⊙ **Muttermord.** In Oliva wurde ein furchtbarer Mord aufgedeckt. Der offenbar geistesgestörte Justizobersekretär Bieber hat in der Wohnung die eigene Mutter ermordet. Die Polizei und Einwohner des Hauses konnten nur mit Gewalt in die Wohnung dringen, da die Wohnungstür verstellt war. Der Mörder konnte festgenommen werden.

⊙ **Ermordung einer Tänzerin.** Newyorker Blättermeldungen zufolge beschäftigt die dortige Kriminalpolizei der rätselhafte Tod einer 24jährigen Kabarettänzerin namens Elsie Regan, die nachts auf einem Schneehaufen in der 54. Straße von zwei Kugeln durchbohrt ermordet aufgefunden wurde. Am Abend vor ihrem Tode war die Tänzerin in einem Lokal in Brooklyn gewesen und dort von einem unbekannten Manne telephonisch angerufen worden, worauf sie das Lokal verlassen hatte.

○ **Zusammenstöße in Essen.** In Essen kam es in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu einem schweren Zusammenstoß mit den im Saal anwesenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Als die zahlreich demonstrierenden Kommunisten von den Nationalsozialisten aus dem Saal gedrängt wurden, fiel im Treppenhaus plötzlich ein Schuß, was die Polizei zu energischem Einschreiten veranlaßte. Bei der entstehenden Schlägerei wurde das Inventar im Versammlungslokal schwer beschädigt. Vier Personen wurden schwer und vier leicht verletzt.

⊙ **Drei Personen durch Grubengas getötet.** In Myslowitz fuhren die beiden Häuer Ploczek und Bock in den Nickischschacht als Brandwache ein. Als später der Maschinenwärter Kowalski sich nach dem Ventilationsraum begab, fand er den erstgenannten bewußtlos am Motor liegend auf. Er alarmierte die Rettungskolonne und brach dann selbst, vom Oxydgas vergiftet, zusammen. Die Wiederbelebungsversuche an allen dreien waren erfolglos.

⊙ **Schiebungen an einer französischen Universität.** An der Universität Besançon ist ein Skandal ausgebrochen. Der Professor für Geschichte wird beschuldigt, acht weibliche Studentinnen bei der Prüfungsarbeit begünstigt zu haben. Der Rektor der Universität erhielt ein anonymes Schreiben mit folgendem Inhalt: „Wie schon so oft, ist das Thema der Prüfungsarbeit in Geschichte für morgen den Studentinnen bereits lange vorher bekannt. Die Arbeit geht über Heinrich IV. und Papst Gregor VII." Als sich der Rektor in den Prüfungssaal begab, mußte er die Richtigkeit der anonymen Beschuldigung feststellen. Der Geschichtsprofessor wurde bis zur Entscheidung des Ministers für öffentlichen Unterricht suspendiert.

⊙ **Verhaftung eines Juwelenhändlers.** Die Brüsseler Polizei verhaftete den aus Polen stammenden Juwelier Hugo Wolf, der in Berlin zusammen mit seinem Schwager ein Juwelengeschäft eröffnet hatte und die ihm auf Kredit überlassenen Juwelen für 480 000 Mark verkauft hatte, ohne seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

⊙ **Notwehrtat eines holländischen Gastwirts.** Wie aus der Heerler Heide gemeldet wird, stellte sich dort der Besitzer eines bekannten Kaffeehauses der Polizei mit der Angabe, daß er zwei seiner Gäste, die sich trotz der Aufforderung, wegen der eingetretenen Polizeistunde das Lokal zu verlassen, nicht entfernt hätten, sondern gegen ihn tätlich geworden seien, in der Notwehr erschossen habe.

⊙ **Stürmische Überfahrt der englischen Rheinflottille.** Die englische Rheinflottille, die von Le Havre nach Portsmouth abgefahren ist, wurde im Kanal von einem starken Südoststurm heimgesucht. Ein Kanonenboot ging unter, die Besatzung konnte gerettet werden. Erst bei Morgengrauen gelang es der Flottille, mit Unterstützung eines herbeigerufenen Schleppdampfers der Portsmouther Hafen zu erreichen.

⊙ **Die Nordpolexpedition des Kapitäns Byrd.** Der Kommandeur Byrd tritt Ende März seine Nordpolexpedition an. Die amerikanische Regierung hat ihm den 3500-Tonnen-Dampfer „Chantier" zur Verfügung gestellt, der Brennstoff für eine Fahrt von 10 000 Meilen mitnimmt. Byrd wird ein dreimotoriges Fokkerflugzeug und ein Reserveflugzeug mitnehmen. Das erste Reiseziel ist die Kingsbay auf Spitzbergen. Die Fahrt geht von dort nach Kap Morris Jessup auf Grönland, von wo der Endflug nach dem Nordpol stattfindet.

Bunte Tageschronik.

Berlin. Vor einem Hause auf der Sophienstraße platzte ein Sauerstoffbehälter beim Abladen. Dabei wurde der Fuhrwerkbesitzer Hermann Kaiser sofort getötet, während der Kutscher Fritz Lau mit leichteren Verletzungen davonkam.

Erfurt. Hier erschoß ein arbeitsloser Chauffeur seine Ehefrau und verwundete deren Schwester. Der Täter flüchtete, beging jedoch, als er sah, daß ein Entkommen unmöglich war, Selbstmord.

Stockholm. In der Nähe von Orebro, einer Stadt Mittelschwedens, fuhren zwei Automobile in eine offene Fahrrinne des Binnensees Hjälmaren, wobei fünf Personen ertranken.

Angora. Eine aus Vertretern der beteiligten Ministerien bestehende Kommission hat die Errichtung mehrere meteorologischer Stationen beschlossen.

Welt und Wissen.

w. **Eine Stadt, die ins Meer versinkt.** Aus Konstanza wird gemeldet, daß Ende der vergangenen Woche zwischen der griechischen Kirche und dem Stadtteil Tataia in einer Breite von zwei Kilometern eine starke Senkung des Geländes eingetreten ist. Es wurde festgestellt, daß die Geländesenkung, die schon seit 15 Jahren zu beobachten war, bis zu drei Meter beträgt. Die Mauern zahlreicher Gebäude barsten, ein Teil des gesunkenen Terrains wurde vom Meer überschwemmt.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Tarifstreit in der Schuhindustrie.) Die Arbeitgeberverbände der deutschen Schuhindustrie haben den bestehenden Reichstarifvertrag zum 28. Februar 1926 gekündigt und für die Erneuerung eines solchen den Gewerkschaften Abänderungsanträge überreicht. Die Gewerkschaften haben ihrerseits ebenfalls Abänderungsvorschläge zum Tarifvertrag den Arbeitgeberverbänden überreicht und u. a. Lohnerhöhungen gefordert. Die Arbeitgeberverbände der Schuhindustrie haben Verhandlungen mit den Gewerkschaften als aussichtslos abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien nunmehr zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen.

Berlin. (Tarifloser Zustand in der Holzindustrie.) Die Besprechungen im Reichsarbeitsministerium über den Schiedsspruch in der Holzindustrie, der von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, verliefen ergebnislos, weil festgestellt wurde, daß keine der beiden Parteien ein amtliches Schiedsverfahren eingereicht hatte. Damit ist für das Reich augenblicklich ein tarifloser Zustand eingetreten.

Spiel und Sport.

Sp. **Selbstmord eines Münchener Sportsmannes.** Der bekannte Sportsmann und Pionier auf dem Gebiete des Flugwesens Direktor Gustav Otto hat in München seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Seine Gattin, eine bekannte Sportsdame, wurde im vorigen Jahre unter aufsehenerregenden Umständen in Frankfurt a. M. erschossen aufgefunden.

N. **Die Fußballspiele des Sonntags.** Vor zirka 20 000 Zuschauern trafen sich in Fürth im Kampfe um die süddeutsche Meisterschaft die SVg. Fürth und Bayern-München. Das Spiel war äußerst interessant. Die Fürther waren im allgemeinen etwas besser als die Münchener, konnten dies jedoch nicht zahlenmäßig zum Ausdruck bringen, so daß das Spiel unentschieden 3 : 3 endete.

Sp. **Hockeyländerkampf Deutschland-Holland.** Der im Amsterdamer Stadion zum Austrag gekommene Hockeyländerkampf Deutschland—Holland wurde von der deutschen Mannschaft sicher mit 2 : 1 (1 : 0) gewonnen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Enorme Kosten des Lützow-Prozesses.** Vor einigen Tagen hatten die Verteidiger des Freiherrn v. Lützow an die Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, das Verfahren abzukürzen, um nicht die schon bisher ungeheuer großen Unkosten des Lützow-Prozesses weiter anwachsen zu lassen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Der Lützow-Prozeß, der noch mehrere Wochen dauern wird, hat schon bisher Riesensummen verschlungen. So hat das Gutachten des abgelehnten Sachverständigen, Geheimrat Moll, 5000 Mark gekostet. Insgesamt wird die Staatskasse für die Gutachten und die Spesen der Sachverständigen — die zum Teil nicht in Berlin wohnen und Tagesgelder von 30 bis 50 Mark erhalten müssen — etwa 30 000 Mark auswerfen müssen. Auch die 300 geladenen Zeugen, die gleichfalls zum Teil nicht in Berlin leben, kosten eine große Summe. Von gut unterrichteter Seite werden die Gesamtkosten des Lützow-Prozesses auf 300 000 Mark geschätzt.

§ **Zweimal zum Tode verurteilt.** Das Erfurter Schwurgericht verurteilte den Doppelmörder Johannes Kurt Rudolph aus Leipzig (alias Trödelsberger), der am 24. November 1925 zwischen Sondershausen und Nordhausen den Geschäftsreisenden Janicki und den Kraftwagenführer Ernst Dittrich aus Nordhausen durch Revolverschüsse tötete, zweimal zum Tode unter dauerndem Verlust der Ehrenrechte und zur Tragung der Kosten des ganzen Verfahrens.

§ **Wegen Erpressung lebenslänglich ins Zuchthaus.** Das Hamburger Schwurgericht verurteilte den Anstreicher Wilhelm Haberlandt wegen qualifizierter räuberischer Erpressung an dem Werftdirektor Stahl von der Vulkanwerft zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Haberlandt war am 24. März 1924 in der Stahlschen Villa erschienen, hatte als angeblicher Delegierter der damals streikenden Werftarbeiter eine Unterredung mit dem Direktor Stahl erzwungen und dann mit vorgehaltenem Revolver versucht, von ihm eine Million Bargeld zu erpressen. Als dies nicht gelang, begnügte sich der Räuber mit einer wertvollen Perlenkette und mit einigem Bargeld.

§ **Elf Jahre Zuchthaus für eine Mörderin.** Das Schwurgericht in Prenzlau verurteilte die Arbeiterfrau Ida Neppethal aus Oderberg, die im November vorigen Jahres die Witwe Luise Gundelach in Oderberg anläßlich eines Diebstahls erdrosselt hatte, zu elf Jahren und zwei Monaten Zuchthaus. Ferner wurde auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt.

§ **Strafanträge im Bartels-Prozeß.** Der Staatsanwalt beantragte gegen Regierungsrat Bartels in seinem Prozeß wegen Bestechung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr fünf Monaten und wegen Urkundenfälschung drei Monate Gefängnis. Beide Strafen werden zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr fünf Monaten drei Wochen zusammengezogen. Die fünf Monate und drei Wochen seien auf die erlittene Untersuchungshaft anzurechnen. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sei abzusehen. Dagegen sei Bartels als unfähig zu erklären, im Laufe von fünf Jahren öffentliche Ämter zu bekleiden.

§ **Der Fall Jürgens.** Der von der Staatsanwaltschaft in Stargard mit der Untersuchung des Falles Jürgens beauftragte Landgerichtsrat Fuchs ist in Berlin eingetroffen und hat sich sofort mit dem Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt. Das Ehepaar Jürgens bestreitet auch jetzt noch, sich strafbar gemacht zu haben. Auf der anderen Seite hat sich das Belastungsmaterial gegen das Ehepaar weiter verdichtet. Besonders Frau Jürgens erscheine durch die Aussagen der in Stargard vernommenen Geschäftsleute und Hausangestellten sehr schwer beschuldigt. Es gewinne immer mehr die Wahrscheinlichkeit Raum, daß Frau Jürgens ihren Mann schon bei Beginn der Ehe über ihre Vermögenslage getäuscht hat und daß die nachfolgenden Manöver von ihr aus dem Wunsche heraus unternommen worden sind, einmal ihrem Manne weiter vortäuschen zu können, daß sie über größere Einkünfte verfüge und dann durch einen großen Schlag den vielen kleinen Verlegenheiten ein Ende bereiten zu können. Voraussichtlich wird das Ehepaar Ende dieser Woche auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Jordan nach Stargard übergeführt werden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 1. März.

* **Börsenbericht.** Abgesehen vom Markt der Vorkriegspfandbriefe, der weitere Kurssteigerungen zu verzeichnen hatte, begann die Börsenwoche bei sehr ruhigem Geschäft in ausgesprochen schwacher Haltung. Auch Anleihen lagen schwach und Kriegsanleihe ging auf 0,37 zurück. Am Geldmarkt ist noch eine leichte Anspannung zu bemerken, tägliches Geld notierte 6,5—8, während monatliches Geld mit 6,5—7 % genannt wurde.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,38—20,43; holl. Gulden 167,93—168,35; Danz. 80,87 bis 81,07; franz. Frank 15,52—15,56; belg. 19,05—19,09; schweiz. 80,72—80,92; Italien 16,84—16,88; schwed. Krone 112,46—112,74; dän. 109,01—109,29; norweg. 90,64—90,86; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,14—59,28; poln. Zloty (nicht amtlich) 54,11—54,39.

* **Produktenbörse.** Von Amerika und England lagen etwas festere Berichte vor, auch waren die Cifforderungen für ausländischen Weizen erhöht und Inlandsweizen war äußerst schwach offeriert. Dies hat die Tendenz hier befestigt und im Lieferungsgeschäft zeigte sich mancher Deckungs- und Kaufbegehr, so daß die Anfangsnotierungen sich bis 3 Mark höher stellten. Die mäßigen Märzandienungen erwiesen sich mit einer einzigen Ausnahme als kontraktlich. Letzteres war auch mit den ziemlich beträchtlichen Roggenlieferungen der Fall. Da Mühlen auf die Ware warten, so bewirkten Deckungen und Käufe ein Anziehen der Preise im Zeitgeschäft, besonders per März. Auch prompte Ware erwies sich als fest. Für Hafer ist das Angebot vorsichtig und auf für Gerste drängt besonders bessere Ware wenig. Mehl blieb für Roggenmehl still, für Weizenmehl gefragter.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	1. 3.	27. 2.		1. 3	27. 2.
Weiz., märk.	250-254	248-252	Weizkl. f. Brl.	9-10	9 9-10
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Brl.	8,8-9	8,8-9
Rogg., märk.	143-148	142-147	Raps	—	—
pommersch	142-146	140-144	Leinsaat	—	—
westpreuß	—	—	Vikt.-Erbsen	26-33	26-33
Braugerste	163-187	163-187	kl. Speiseerbs.	23-25	23-25
Futtergerste	136-150	136-150	Futtererbsen	20-22	20-22
Hafer, märk.	154-164	152-160	Peluschken	20,0-21,5	20,0-21,5
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
westpreuß.	—	—	Wicken	23-26	23-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,5-12,5	11,7-12,5
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	13,7-14,5	13,7-14,5
Bln. br. inkl.			Seradella	26-28	25-27
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,0-14,5	14,0-14,5
Mrk. ü. Not.	32,5-36	32,2-35,7	Leinkuchen	19,5-19,9	19,5-19,9
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,2-8,5	8,2-8,5
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	18,8-19,0	18,8-19
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	21-23	21-23	Kartoffelflck.	14,4-14,6	14,4-14,6

* **Eierpreise.** a) Inländische Eier (je Stück und in Pf.): 1. große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 16; 2. frische Inlandseier über 55 g 12; 3. frische Inlandseier unter 55 g 10. b) Auslandseier: 1. extra große Eier 16; 2. große Eier 11,50—13; 3. normale Eier 9,50—10,50; 4 kleine und Schmutzeier 8,50—9. Tendenz: Abwartend.

* **Kartoffelpreise.** Weiße Kartoffeln 1,30—1,50; rote Kartoffeln 1,50—1,70; gelbfleischige 1,70—1,85 Mark.

Bücherschau.

— Die Tage werden länger, Frau Sonne läßt uns immer mehr ihre Macht fühlen, und überall machen sich Anzeichen des nahenden Frühlings bemerkbar. Griesgrämig muß der Winter das Feld räumen, wenn er auch noch manchmal versucht, uns durch Schneestürme und Nachtfröste bange zu machen. Nicht lange mehr wird es dauern, und wir werden erleichtert unsere warmen, winterlichen Hüllen „mottensicher" verstauen müssen. Da gilt es denn, beizeiten die Garderobe instand zu setzen, um auch äußerlich zum Empfang des Frühlings bereit zu sein. Wie soll nun das neue Kleid oder Kostüm aussehen, und wie verändere ich mein unmodernes Sommerkleid? Diese Fragen muß sich die Frau vorlegen, die in ihrem Anzuge auf der Höhe sein will. Die Mode hat sich seit vorigem Jahre wesentlich geändert, obgleich sie sich nicht von der beliebten „geraden, schlanken Linie" entfernt hat. Kürzer als je, am unteren Rande sehr weit, den Oberkörper bis zur Höhe der Büste und die Hüften glatt umschließend, so zeigt sich das Gesamtbild unserer Kleider für Frühjahr und Sommer, und die reiche Weite der Röcke ist es, die der neuen Mode das besondere Gepräge gibt. **Beyers Mode-Führer**, Band 1, der soeben im Verlag Otto Beyer, Leipzig erschienen ist, zeigt auf 52 teils farbigen Seiten in ca. 300 Modellen alle Neuheiten der Frühjahrs- und Sommermode und enthält einen Schnittmusterbogen mit 20 der schönsten Schnitte. Er sollte in keinen Hause fehlen und ist zum Preise von Mk. 1.50 überall erhältlich.

Vereins-Kalender

Volksbücherei des Bürgervereins Herischdorf. Bücherausgabe jeden Donnerstag von 5—7 Uhr im Schulhaus 2.

Volksbibliothek Bad Warmbrunn. Bücherausgabe am Montag von 3 bis 4 Uhr.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abends von 8 Uhr an Singen im „Goldenen Löwen".

Schützengilde. Im Monat Februar Schießen beim Kameraden Maiwald („Viktoria").

Stenographenverein „Stolze-Schrey". Jeden Donnerstag abend von 8 Uhr ab Uebungsabend in der Evangelischen Schule.

Radfahrerklub „Silesia". Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Klublokal (mit Damen).

Amtliche Bekanntmachungen.

Zufolge der Verordnung über die Zulassung eines Volksbegehrens v. 15. 2. 1926 ist die Eintragungsfrist auf die Zeit **v. 4. bis einschl. 17. 3. 1926** festgesetzt. Die Eintragungslisten liegen in der vorgenannten Zeit an Wochentagen **von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags**, von 2 30 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends sowie **am Sonntag, den 7. März 1926 und Sonntag, den 14. März 1926** in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Zimmer 2 des hiesigen Gemeindeamtes zur Eintragung öffentlich aus. Eintragungsberechtigt ist, wer am Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann.

Der Gemeindevorstand gez. Koser.

Klein- und Sozialrentnerunterstützung wird am Mittwoch, den 3. März 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr im Zimmer 2 des hiesigen Gemeindeamtes gezahlt.

Der Gemeindevorstand: gez. Koser.

Inserieren bringt Gewinn.

„Deutsches Haus"
BAD WARMBRUNN
— Mittwoch, den 3. März 1926: —
Grosses Schweinschlachten
von 10 Uhr ab Wellfleisch und Wellwurst
—— abends gebratene Wurst ——
wozu freundlichst einladet Karl Hentschel.

Notizblocks
Größe 5 mal 7 Zentim., Stück für 20 Pf., vorrätig.
Buchdruckerei P. Fleischer.

Gut möbliertes
ZIMMER
ein oder zwei Betten mit voller Pension eventuell auch ohne zu vermieten.
Parkstr. 4, ptr.

Gewächshaus-Schaufenster
Zackenaue — Post-Straße 7
Blumen-Ausstellung
Beachten Sie bitte die große Auswahl aller Topf-Pflanzen
Ein Weg lohnt sich!
Empfehle auch selbstgezogene gesunde Obstbäume, tadellose Ware — sehr preiswert
Johannes Pittner, Zackenaue
Fernsprecher 155.

Gummistempel, Petschafte
empfiehlt
P. Fleischers Buchdruckerei

und schmeckt am besten mit
G. S. Backpulver
Ich garantiere daß der Kuchen nicht, wie bei den Konkurrenzfabrikaten, nach Natron schmeckt, da mein G. S. Backpulver ein Wein-Präparat ist. — Ein Packet reicht aus für 1 bis 2 Pfund Mehl. Preis 10 Pfennige.
Alleiniger Fabrikant
Georg Schulz
Boberröhrsdorf i. Rsgb.
Überall zu haben.